

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Redaktion und dem Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 Mk., bei Vorbestellung 3 Mk. Die Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. Einzelnummern werden nach Möglichkeit abgegeben. Einzelnummern werden zu jeder Zeit bezogen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitungs oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingelangter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die Spaltenweise 20 Goldpfennig, die Spaltenweise Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die Spaltenweise 100 Goldpfennig. Nachmittagsgebühren 20 Goldpfennig. Anzeigen für die Nachtzeit werden nach Möglichkeit angenommen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Nr. 125. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff = Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonntag den 31. Mai 1925

Nur eine Pause.

Der Reichstag ging in die Ferien und die Minister erholen sich vom Reichstag und vom Regieren, aber draußen in der Welt kennt die geschichtlich-politische Entwicklung nicht einmal diese Pfingstpause. Die Feiertage werden erfüllt sein vom Lärm politischer Besprechungen und Kommentare; denn soeben wird bekannt, daß die Entwaffnungsnote der Alliierten nun endlich fertiggestellt sein soll. Nach den Erfahrungen, die wir bisher damit gemacht haben, muß man ja vorsichtig mit einer derartigen Annahme sein und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Vorkämpfer sich von der fünfmonatlichen Arbeit, die für diese Note aufgewandt werden mußte, nun doch noch eine Woche lang erholen werden, ehe sie zur letzten Redaktion der Note schreiten.

Aber ihren Inhalt ist ja schon manches bekannt geworden, weil man weiß, daß die Entente-Regierungen für das, was sie von Deutschland verlangen, ihre Presse trefflich als Vorspann benutzen, um dadurch ein Verlangen der öffentlichen Meinung* als politischen Rechnungsposten vorbringen zu können. Der Hauptstoß richtet sich gegen das Reichswehrministerium, das namentlich nach französischer Anschauung den wieder auflebenden „Großen Generalstab“ darstellt. Daher sollen nicht nur gewisse Abteilungen des Reichswehrministeriums aufgelöst, sondern auch die Anzahl der vollqualifizierten Stabsoffiziere begrenzt werden. Ferner verlangt man die Entlassung aller Hilfserwerbsgruppen, die der Reichswehr angeheftet sind, verlangt aber vor allem jede Vermeidung irregulärer Vermehrungen der Reichswehr. Weit über all das geht aber noch hinaus, daß man die Auflösung geheimer „halbmilitärischer Organisationen“ verlangt, außerdem das Verbot militärischer Übungen in den Universitäten und Jugendvereinen. Eine alte englische Forderung auf Übergabe und Zerstörung gewisser Arten von Dokumenten kehrt wieder, die sich auf Mobilisation militärischer Organisationen usw. beziehen. Ebenso eine ältere englische Forderung, nämlich die teilweise Zerstörung von Anlagen Krupps und der Deutschen Werke usw. Natürlich gehen wahrscheinlich diese Forderungen über das hinaus, was nun wirklich von uns verlangt werden wird; aus alter Erfahrung wissen wir, daß jene fabrizierte öffentliche Meinung immer weit mehr verlangt, als von den Entente-Regierungen in Aussicht genommen wird, damit diese die Möglichkeit haben, sich vom Sonnenschein der Zurückhaltung und Nachgiebigkeit bestrahlen zu lassen.

Man hätte schon glauben müssen, daß auch die Verhandlungen über den Sicherheitspakt nicht bloß durch eine Pfingstpause unterbrochen, sondern infolge der französischen Verzögerungstaktik endgültig verladen würden. Da hat nun aber das englische Kabinett einen Vorstoß gemacht, der den französischen Ministern die Pfingstruhe nehmen wird. In London arbeitet man nämlich eine Denkschrift aus und wird sie dem französischen Außenminister übermitteln; und diese Denkschrift soll den Zeitungsmeldungen zufolge nun Frankreich vor die Entscheidung stellen, entweder bei den Verhandlungen über den Sicherheitspakt auf eine Garantieung der unbedingten Unabänderlichkeit der deutschen Ostgrenzen zu verzichten oder mit seinen kleinen östlichen Bundesgenossen allein zu bleiben. Tatsächlich hat Frankreich nämlich den deutschen Vorschlag, eine Verzichtung seiner Ostgrenzen auf dem Wege eines schiedsgerichtlichen Verfahrens zum mindesten offenzubehalten, immer deutlicher abgelehnt und damit in England immer stärkeren Unbehagen hervorgerufen. Jetzt muß Frankreich sich entscheiden, England nennt den zweiten Fall, also das Bündnis Frankreichs mit den Kleinstaaten des Ostens und Südostens, eine „militärische Einkreisung Deutschlands“, bezeichnet es damit als Friedensstörung. Dieser englische Kabinettsbeschluss ist die Antwort auf die nach monatelangem Zögern eingegangene französische Note, deren Vorschläge und Einwände also abgelehnt werden. Die schon Chamberlain vor einiger Zeit ausführte, soll der englische Kabinettsrat jetzt beschließen haben, die deutschen Vorschläge als grundsätzlich ablehnend zu bezeichnen. Lehnt das Frankreich ab, zieht es also jene oben ange deutete militärische Einkreisung Deutschlands vor, dann soll es im Falle eines Kontinentalkrieges auf englische Unterstützung nicht rechnen können. Kategorisch soll die englische Denkschrift außerdem erklären, daß von Deutschland in der Frage der Revision der Ostgrenzen und der Anbahnung des Anschlusses Österreichs nicht über das hinaus festgelegt werden dürfe, was der Artikel 19 der Völkervereinbarung und der § 80 des Friedensvertrages besagt.

Diese Mitteilungen eines großen englischen Blattes werden von englischer Seite bestätigt, bestätigt zugleich auch damit die Tatsache, daß zwischen London und Paris in grundsätzlichen Fragen des Sicherheitspaktes scharfe Meinungsverschiedenheiten vorliegen. In London spricht man davon, daß damit der Augenblick gekommen sei für ein Eingreifen Amerikas durch einen starken Druck auf Frankreich.

Zweifellos wird in Paris über diese recht unerwartete Energie des englischen Kabinetts eine ziemlich Auf-

Zeppelininfahrt zum Nordpol?

Frithjof Nansen in Berlin.

Frithjof Nansen traf von Oslo zu kurzem Aufenthalt in Berlin ein, um die Ansicht der zuständigen deutschen Stellen über die Möglichkeit der Erforschung der Arktis unter Zuhilfenahme von starken Luftschiffen kennenzulernen. Der Reichsverkehrsminister Rohne gab ihm zu Ehren ein Frühstück, an dem u. a. der Reichskanzler und Dr. Eden er teilnahmen. Frithjof Nansen hatte wichtige Unterredungen mit dem Reichskanzler und dem Reichsverkehrsminister über sein Projekt zum Bau eines neuen großen Zeppelin-Luftschiffes in Deutschland. Mit diesem Zeppelin will Nansen eine Luftschiff-Expedition nach dem bisher unerforschten arktischen Gebieten, dem sogenannten Harrisland, das zwischen Alaska und dem Nordpol liegt, unternehmen.

Frithjof Nansen kam nach Berlin in seiner Eigenschaft als Präsident der Internationalen Studiengesellschaft zur Erforschung der Arktis. Diese Gesellschaft hat seit ihrem 25-jährigen Bestehen eingehende wissenschaftliche Studien zur Erreichung ihres Hauptzwecks getrieben, der darin besteht, die Arktis unter Benutzung des modernsten Verkehrsmittels, des Luftschiffes, zu erforschen. Namhafte deutsche Gelehrte, die besonders auch um die Entwicklung des Luftschiffbaues sich verdient gemacht haben, gehören der Gesellschaft an.

Nansens Plan mit dem Polarluftschiff.

Nansen hält das Luftschiff für das geeignetste Mittel, große wissenschaftliche Expeditionen zu unternehmen. Die geplante arktische Expedition soll insgesamt kaum länger als vierzehn Tage dauern. Das Polarluftschiff soll so gebaut und ausgerüstet werden, daß es mit Leichtigkeit auf dem Eise landen kann und die Mitglieder der Expedition an Ort und Stelle Messungen und Beobachtungen vornehmen können. Vor allem will Nansen feststellen, wie weit das amerikanische Festland nach Norden reicht, eine wissenschaftliche Frage, die noch nicht genügend geklärt ist. Außerdem handelt es sich bei dem Unternehmen um die Verwirklichung der Gedanken, denen sich die „Internationale Studiengesellschaft zur Erforschung der Arktis“ gewidmet hat.

Sorgen über Amundsen verfrüht.

Auf die Frage, ob man um Amundsens Schicksal ernstlich besorgt sein müsse, antwortete Nansen: Amundsen hat Zeit. Er steigt mit dem Aeroplan nach dem Pol, und im Aeroplan besteht während der Fahrt keine Möglichkeit,

genau festzustellen, wo man sich befindet. Amundsen muß landen, wenn er in der Nähe des Poles zu sein glaubt, und dann nach dem Stand der Sonne seinen geographischen Standort berechnen. Dies dauert, wenn das Wetter günstig ist, zwölf Stunden, denn er muß den höchsten und den tiefsten Stand der Sonne abwarten. Hat er nun seinen Standort genau festgestellt, so kann es sich leicht ergeben, daß er noch fünfzig oder hundert Kilometer von dem nördlichsten Punkte der Erde entfernt ist. Amundsen muß dann versuchen, auf Schneeschuhen den Pol zu erreichen, und das kann vier, fünf und auch acht Tage dauern. Auf dem Pol selbst wird Amundsen physikalische und naturwissenschaftliche Beobachtungen aller Art anstellen. Hierbei können wiederum drei bis vier Tage vergehen.

Dann muß er zu den Aeroplanen zurückwandern, um den Flug in die Heimat antreten zu können. Ich kenne die Pläne und Absichten Amundsens nicht genauer, aber es besteht vorläufig kein Grund, über sein Schicksal besorgt zu sein. Das Landen und Aufsteigen mit dem Aeroplan ist bei klarem Wetter auf dem Polareis nicht gefährlich. Meiner Ansicht nach ist nicht zu befürchten, daß die Apparate Amundsens hierbei Beschädigungen erlitten haben.

50 000 österreichische Erwerbslose für Amerika?

Eigener Fernsprechkonst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Wien, 30. Mai. Die österreichische Regierung wird in den nächsten Tagen auf diplomatischem Wege den Regierungen aller ausländischen Mächte den Vorschlag von Arbeitslämmern unterbreiten, 50 000 Erwerbslose in Amerika unterzubringen. Nach Mitteilungen maßgebender Kreise sind diese Vorschläge abschlägig beschieden worden, da die Gefahr besteht, daß dadurch die Vereinigten Staaten mit Arbeitslosen überschwemmt werden könnten. Auch könne nicht mit einem einzelnen Staat eine Ausnahme gemacht werden, die Arbeitslosigkeit auf diese Weise zu mildern.

Die englische Antwortnote.

London, 30. Mai. Die von diplomatischer Seite dem „Morning Telegraph“ berichtet wird, berührt die englische Antwortnote alle früher aufgeworfenen Fragen an die Großmächte, an denen das britische Reich öffentlich teilnehmen konnte. Alle diese Fragen seien gegenüber denen im Sicherheitspakt verschieden.

Die engl.-französischen Verhandlungen über Festlegung der Westgrenze

Paris, 30. Mai. In Mitteilungen von englischer unterrichteter Seite an Pariser Blätter wird darin Ausdruck gegeben, daß sich ihre Regierungen über die Festlegung der Westgrenze zufrieden geben werden und die Verhandlungen einen ruhigen Verlauf nehmen.

Die Seeschlacht vor dem Stageraal.

Eine Erinnerung.

Am 31. Mai sind neun Jahre verflossen, seitdem im Weltkrieg deutsche Seestreitkräfte vor dem Stageraal auf die englische Flotte stießen und der Welt beweisen konnten, daß deutsche Entschlossenheit nicht davor zurückschreckt, der bis dahin als unangreifbar angesehenen britischen Kriegsmarine ein Paroli zu bieten. Auf deutscher Seite kommandierte Admiral Scheer, auf englischer Admiral Jellicoe. Die Engländer erlitten schwere Verluste, denen selbstverständlich auch solche auf deutscher Seite gegenüberstanden, aber erst nach längerer Zeit versuchte man in England, den deutschen Erfolg in einem englischen Sieg umzudeuten. Demgegenüber steht das Zeugnis des österreichisch-ungarischen Marineattachés in Berlin, der die deutsche Flotte unmittelbar nach ihrer Rückkehr von der Schlacht besuchte und in einem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Berichte folgendes schrieb:



Admiral Scheer.

Reichsrat gegen Reichstag.

Um die Revision der bayerischen Volksgerichtsurteile. Gegen den Beschluß des Reichstages über die Zulassung des Wiederaufnahmeverfahrens gegenüber Urteilen der bayerischen Volksgerichte hat der Reichsrat mit Mehrheit, auf Grund des Vorschlags seiner Ausschüsse, Einspruch erhoben. In den Ausschüssen hatte die Mehrheit verfassungsmäßige Bedenken und konnte außerdem nach Aufhebung der Volksgerichte ein hinreichendes praktisches Bedürfnis zur Wiederaufnahme des Verfahrens nicht mehr anerkennen. Es liegt hier also auch der politische Gesichtspunkt miteingebend, daß Bayern in dem Beschluß des Reichstages einen Eingriff in seine Souveränität erblickt.

Wie werden sich die Dinge nun weiterentwickeln? Der Artikel 74 der Reichsverfassung bestimmt: Gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze steht dem Reichsrat der Einspruch zu. Der Einspruch muß innerhalb zweier Wochen nach der Schlussabstimmung im Reichstag bei der Reichsregierung eingebracht und spätestens binnen zwei weiteren Wochen mit Gründen versehen werden. Im Falle des Einspruches wird das Gesetz dem Reichstag zur nochmaligen Beschlußfassung vorgelegt. Kommt hierbei keine Übereinstimmung zwischen Reichstag und Reichsrat zustande, so kann der Reichspräsident binnen drei Monaten über den Gegenstand der Meinungsverschiedenheit einen Volksentscheid anordnen. Macht der Präsident von diesem Rechte keinen Gebrauch, so gilt das Gesetz als nicht zustande gekommen. Hat der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit entgegen dem Einspruch des Reichsrates beschlossen, so hat der Präsident das Gesetz binnen drei Monaten in der vom Reichstag beschlossenen Fassung zu verkünden oder einen Volksentscheid anzuordnen.